

Frauen-Rententalter 64 laut Dreifuss nicht nötig

Erstaunen bei FDP, CVP und SVP

Bern, 10. Mai. (ap) Die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 64 Jahre ist gemäss Bundesrätin Ruth Dreifuss nicht nötig. Die EDI-Chefin machte diese Aussage am Dienstag in einem *offenen Brief* und löste damit Erstaunen und Kritik bei den bürgerlichen Bundesratsparteien aus.

Den Brief richtete die Bundesrätin «an alle Frauen und Männer, die besorgt sind um die Zukunft der AHV und der Kosten der 10. AHV-Revision», wie es heisst. Fazit des Briefes ist, dass die Kosten der Revision die erste Säule der Altersvorsorge nicht ins Wanken brächten, die Finanzierung der AHV auch in den ersten Jahren des nächsten Jahrhunderts gesichert sei und Fragen des Übertritts vom Berufs- ins Rentnerleben, der Beiträge der Versicherten und der öffentlichen Hand dann zumal im Rahmen der 11. AHV-Revision beantwortet werden müssten. Die Erhöhung des Frauen-Rententalters dränge sich nicht auf, denn sie bewirke, dass die Mehrkosten der 10. AHV-Revision ausschliesslich den Frauen aufgebürdet würden, schreibt Bundesrätin Dreifuss; am Radio ergänzte sie, das Opfer der Frauen, zwei Jahre länger zu arbeiten und 800 Millionen Franken mehr AHV-Beiträge zu bezahlen, dränge sich nicht auf. Im weiteren stellten die bereits in Kraft gesetzten Leistungsverbesserungen mit jährlichen Mehrausgaben von 650 Millionen Franken den Löwenanteil der Kosten der Revision dar. Den Entscheid der *Kommission des Ständerates* vom vergangenen Mittwoch, das Frauen-Rententalter auf 64 Jahre heraufzusetzen, erwähnte die EDI-Chefin ebensowenig wie den gleichlautenden Beschluss des *Nationalrats*. Der *Bundesrat* hatte vor Jahresfrist erklärt, er widersetze sich einer stufenweisen Erhöhung des Frauen-Rententalters auf 64 nicht.

Es stelle sich die Frage, wieweit das Kollegialitätsprinzip für Frau Dreifuss noch eine Rolle spiele, sagte FDP-Generalsekretär Christian Kauter auf Anfrage und fügte hinzu, zum anderen sei fraglich, ob sie die Fakten wirklich kenne. Es sei eigentlich allen klar, dass auf Grund der Bevölkerungsstrukturen Schwierigkeiten bei der Finanzierung entstünden. Die CVP reagierte indirekt mit einer Pressemitteilung auf den Brief der EDI-Vorsteherin. Darin wird die schrittweise Erhöhung des Frauen-Rententalters von 62 auf 64 aus finanzpolitischen und demographischen Gründen als unausweichlich bezeichnet. Als aussergewöhnlich bezeichnete auch SVP-Sprecher Martin Baltisser das Vorgehen der EDI-Vorsteherin.